

STELLUNGNAHME zum Entwurf der Regelungen des Gas-Marktmodells

Gumpendorfer Straße 6
A-1061 Wien

T: +43/1/588 86-0
F: +43/1/588 86-222

austropapier@austropapier.at
www.austropapier.at

Sehr geehrter Hr. Mag. Schmöltzer!
Sehr geehrter Hr. Mag. Krug!

Wir möchten uns für die Möglichkeit der Stellungnahme seitens der E-Control bedanken. Im Allgemeinen ist darauf aufmerksam zu machen, dass die Papierindustrie das Gesamtpaket der Umsetzung des GWG 2011 erst mit den SNT 2013 endgültig beurteilen kann. Erst zu diesem Zeitpunkt wird es möglich sein die Kostenneutralität bzw. gesteigerte Kosteneffizienz festzustellen.

Die Papierindustrie ist mit nahezu 10% des österreichischen Gasverbrauches der größte industrielle Gasverbraucher und hat grundlegendes Interesse an einem liberalisierten offenen europäischen Binnenmarkt. Künstliche Barrieren in der Erdgasversorgung die zu höheren Kosten beim Industriekunden führen sind abzubauen. Ob wochenlange Beschwerdefristen für Day-Ahead Kapazität das richtige Mittel ist um zusätzliche Liquidität zu erzeugen, wird bezweifelt. Mit dem gegenständlichen Entwurf der Marktregeln 2012 wird die Grundlage für einen europäischen Binnenmarkt geschaffen. Dass dabei ein Rückschritt im Bereich der effizienten Gasnetzbewirtschaften vorgesehen ist (Stichwort Tagesbilanzierung) wird in der nachfolgenden detaillierten Stellungnahme noch im Detail kritisiert.

Generell gilt, dass unter Berücksichtigung unserer Anmerkungen für das Marktgebiet Vorarlberg und Tirol die dort herbeigeführte Integration in den deutschen und damit internationalen Energiebinnenmarkt Vorbildfunktion auch für das MG Ost hat. Langfristig gilt es analog zum Stromnetz diese starke internationale Verzahnung auch in der Gasversorgung zu erreichen!

Zu den Anmerkungen im Detail:

Im §18 (6) wird festgeschrieben, dass für Netzbenutzer mit einer vertraglich vereinbarten Höchstleistung von mehr als 50.000 kWh/h je Ein- oder Ausspeise- bzw. Zählpunkt eine Stunde als Bilanzierungsperiode gilt.

*Aus Sicht der Papierindustrie liefert eine **freiwillige Wahlmöglichkeit** für LPZ-Kunden unterhalb der vorgegebenen Grenze das effizienteste Kriterium für **Stunden- oder Tagesbilanzierung**. Die absolute kWh/h-Grenze sollte nur dazu verwendet werden, dass ab dieser Größenordnung verpflichtend Stundenbilanzierung zu wählen ist. Darunter sollen die Endverbraucher die Wahlmöglichkeit haben (analog zu Deutschland).*

Darüber hinaus sind die technischen und wirtschaftlichen Überlegungen die zu dieser Grenze geführt haben nicht nachvollziehbar.

*Die **verpflichtende Tagesbilanzierung** für alle Netzbenutzer unter 50.000 kWh/h bedeutet einen **systematischen Rückschritt** für den Gasnetzbetrieb und führt zu **unnötige Verteuerungen** für alle Gaskunden!*

Ebenfalls unter § 18 (6) wird darauf verwiesen, dass Bilanzgruppenverantwortliche jeweils getrennte Bilanzgruppen für Netzbenutzer gemäß Abs. 5 und Abs. 6 einzurichten haben und für diese getrennte Einspeisefahrpläne zu erstellen sind. Der Ausgleich zwischen diesen Bilanzgruppen ist nur für die Bilanzierungsperiode gemäß Abs. 5 zulässig.

*Die Papierindustrie verweist auf die **finanzielle Doppelbelastung** durch die erhöhten Dienstleistungskosten. Netzbenutzer haben teilweise Zählpunkte in beiden Systemen. Diese Netzbenutzer würden gezwungen auch zwei getrennten Bilanzgruppen beizutreten. Dadurch werden **kundeninterne Portfolio-Effekte verhindert** und doppelten Dienstleistungskosten fällig. Dieser Verteuerung ist aus Sicht der Papierindustrie durch eine schlankere Regelung im Sinne der Kostenreduktion zu ersetzen.*

Zu § 22 (1): Der Bilanzgruppenverantwortliche leistet den Strukturierungsbeitrag gemäß § 26 gegenüber dem Marktgebietsmanager sowie die Ausgleichsenergiekosten gemäß § 32 und das Clearingentgelt gemäß § 89 GWG 2011 gegenüber dem Bilanzgruppenkoordinator und die Transaktionskosten des Betreibers des Virtuellen Handelspunktes auf Basis der genehmigten Allgemeinen Bedingungen gemäß § 31 Abs. 3 GWG 2011 gegenüber dem Betreiber des Virtuellen Handelspunktes für alle Bilanzgruppenmitglieder und verrechnet diese den Bilanzgruppenmitgliedern weiter.

Dabei handelt es sich um eine weitere Kostensteigerung für die Endverbraucher. Aus dem gesamten Entwurf wird nicht ersichtlich ob diese Zusatzkosten im Rahmen der nächsten SNT-VO 2013 kostenneutral abgebildet werden!

Die Art der Weiterverrechnung dieser Entgelte und Gebühren, wie in Absatz 2 von § 22 beschrieben, werden zwischen dem Bilanzgruppenverantwortlichen und dem unmittelbaren Bilanzgruppenmitglied vereinbart. Eine Schlechterstellung einzelner Mitglieder gegenüber anderen Mitgliedern der Bilanzgruppe ist laut Entwurf unzulässig. Dies gilt auch für zugewiesene Mitglieder.

*Aus Sicht der Papierindustrie ist nicht ersichtlich wie die **Überwachung** der potenziellen **Schlechterstellung** erfolgen soll. Nachschärfungen seitens des Regulators oder überhaupt eine **einheitliche Vorgehensweise** je Bilanzgruppen sind für eine verursachergerechte Verrechnung des Strukturierungsbeitrages unbedingt erforderlich. Denkbar wäre eine Regelung, dass SLP-Kunden durch die Tagesbilanzierung einen wesentlich höheren Strukturierungsaufwand auf der FL-Ebene erzeugen als LPZ-Kunden. Der Regulator soll mit einer entsprechenden Formulierung sicherstellen, dass der **Strukturierungsbeitrag verursachergerecht** zu verrechnen ist. Sonst droht eine pauschalierte Verrechnung vom Maximalbetrag 0,4 Cent/kWh (entspr. § 26 (6)) und entsprechende Windfall-Profits für die BGVs!*

§ 23 (1). Voraussetzung für die Nominierung oder die Fahrplananmeldung von Gasmengen an Ein- oder Ausspeisepunkten im Marktgebiet ist die Zuordnung der an diesen Punkten gebuchten Kapazitäten zu Bilanzgruppen. Die Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten an den Marktgebietsgrenzen werden vom Netzbenutzer gegenüber dem Netzbetreiber auf Grundlage des zwischen diesen abgeschlossenen Ein- bzw. Ausspeisevertrages unter Angabe der Identifikationsnummer der Bilanzgruppe zugeordnet. Der Netzbenutzer kann gebuchte Kapazitäten ihrer Höhe nach aufteilen und diese Teile unterschiedlichen Bilanzgruppen zuordnen. Der Netzbenutzer muss Bilanzgruppenverantwortlicher oder unmittelbares Bilanzgruppenmitglied jener Bilanzgruppe gemäß § 20 Abs. 2 sein, der er Kapazität zuordnet.

*Die Papierindustrie kritisiert, dass im § 23 **nicht geregelt** wird wie die **Überführung der Kapazitäten**, die derzeit in den Netzverträgen mit den Netznutzern definiert sind, auf die Bilanzgruppen geplant ist.*

§ 26 (6) Der Marktgebietsmanager hat von den Bilanzgruppenverantwortlichen einen Strukturierungsbeitrag für die untertägige Strukturierung der stündlichen Unausgeglichheiten zwischen Ein- und Ausspeisung je Bilanzgruppe einzuheben. Die Bemessungsgrundlage dieses Strukturierungsbeitrages stellen die Kosten der untertägigen Strukturierung gemäß Abs. 7 dar. Der Marktgebietsmanager berechnet den Strukturierungsbeitrag mindestens jährlich neu auf der Basis der im Vorjahr zum

Ausgleich von Stundenabweichungen abgerufenen Energie und der dafür angefallenen Kosten. Die Berechnung und der festgelegte Strukturierungsbeitrag sind der Regulierungsbehörde anzuzeigen und auf der Online-Plattform zu veröffentlichen. Per 1. Jänner 2013 wird dieser Strukturierungsbeitrag mit maximal 0,4 Cent/kWh festgelegt. Der Marktgebietsmanager hat der Regulierungsbehörde jährlich ein Bericht über das Ausmaß der Beschaffung von untertägigen Strukturierungsmaßnahmen zur Erfüllung der netztechnischen Anforderungen zu übermitteln. Die Abrechnung des Strukturierungsbeitrags ist monatlich binnen fünf Arbeitstagen nach dem jeweiligen Abrechnungsmonat durchzuführen.

*Der maximale Betrag von **4 €/MWh ist extrem teuer** – entspricht derzeit ca. **15% Aufschlag auf den Spot-Preis** und führt zu einer **massiven Verteuerung** des Gasbezuges und somit zu dramatischen Wettbewerbsnachteilen gegenüber internationalen Mitbewerbern und entspricht in manchen Unternehmen den zusätzlichen Kosten für 100 Mannjahre! Solche zusätzlichen Sozialisierungskosten von rund 160 Mio. € (4 €/MWh * 40 TWh) werden aufgrund des systematischen Rückschritts zur Tagesbilanzierung forciert und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie und anderen Großabnehmern, nachhaltig! Aufgrund der fehlenden Klarstellungen zur Weiterverrechnung des Strukturierungsbeitrages gemäß § 22(1) ist davon auszugehen, dass die BGVs einheitlich den Maximalwert verrechnen werden.*

*Darüber hinaus ist die **verursachergerechte Verrechnung** (wie in den Anmerkungen zu §22 (1) beschrieben) bei der Berechnung des Strukturierungsbeitrages **vollständig offen gelassen**! Sinnvollerweise sollte ein Strukturierungsbeitrag ausdrücklich nur auf jene Mengen eingehoben werden die als Strukturierungsbedarf erzeugen – also jene abweichend von der Nominierung! Die energieintensive Industrie wird in dem Entwurf der Marktregeln systematisch für jene Kosten aufkommen müssen, die die Kleinverbraucher erzeugen. Diese Belastungen sind unzumutbar und führen langfristig zu höheren Systemkosten als im restlichen EU-Binnenmarkt. Die Anreizwirkung des Strukturierungsbeitrages für die möglichst eine genaue treffsicher (Stunden-)Bilanzierung fehlt – auch aufgrund der falschen Regelungen in §18 (6) und § 22 (1).*

§ 32 (2f) Für die Ausgleichsenergieabrechnung der Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 6 wird ein mengengewichteter Durchschnittspreis je Stunde auf Basis der Abrufe des Verteilergebietsmanagers von der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt und von der Merit Order List ermittelt. Sollten keine Abrufe vom Verteilergebietsmanager getätigt werden, so wird der am laufenden Tag an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt verfügbare Börsepreis als Ausgleichsenergiepreis herangezogen. Sollte an diesem Tag an der Erdgasbörse des Virtuellen Handelspunktes kein Preis zustande kommen, wird der zuletzt verfügbare stündliche Ausgleichsenergiepreis verwendet.

(3) Die Ausgleichsenergiepreise für Endverbraucher gemäß § 18 Abs. 5 berechnen sich nach den jeweiligen Ausgleichsenergieabrufen des Verteilergebietsmanagers an der Erdgasbörse am Virtuellen Handelspunkt und nach den Ausgleichsenergieabrufen des Verteilergebietsmanagers von der Merit Order List. Es werden jeweils der höchste Einkaufspreis bei Abrufen in Bezugsrichtung und der niedrigste Verkaufspreis bei Abrufen in Lieferrichtung (Grenzpreise) herangezogen. Falls keine Abrufe vom Verteilergebietsmanager getätigt wurden, kommen die jeweiligen Grenzpreise des Vortages zur Anwendung.

*Die Auswirkung des Preisgestaltungsmodells ist aus jetziger Sicht noch nicht klar nachvollziehbar, da die Produkte am VHP noch nicht definiert sind. Insbesondere wenn **keine ausreichende Liquidität** auf den verschiedenen Märkten vorhanden ist, müssen entsprechende **alternative Modelle** für die Gestaltung der AE angewendet werden. Diese fehlen im gegenständlichen Entwurf sind aber aus Sicht*

der Papierindustrie für die kostengünstige Preisgestaltung der Ausgleichsenergie dringend erforderlich!

Die Papierindustrie **begrüßt**, dass **kein verpflichtendes Pönale** zwischen Über- und Unternominierung vorgesehen ist.

§ 32 (6)

Sollte sich aus der Ausgleichsenergieverrechnung des Bilanzgruppenkoordinators eine Unter- oder Überdeckung ergeben, so wird diese über das Jahr verteilt mittels einer verbrauchsabhängigen Umlage an die Bilanzgruppenverantwortlichen weiterverrechnet. Die Umlage wird ein Bestandteil der Ausgleichsenergieverrechnung und ist in cent/kWh auszuweisen. Zum 1. Jänner 2013 wird diese Umlage 0,02 cent/kWh betragen und ist nach drei Monaten per 1. April 2013 vom Bilanzgruppenkoordinator neu festzusetzen. Danach erfolgt die Festsetzung durch den Bilanzgruppenkoordinator jährlich, auf Basis der Bestimmungen in den Allgemeinen Bedingungen des Bilanzgruppenkoordinators.

*Im Text fehlt die differenzierte Betrachtung der Verrechnung der AE für LPZ- und SLP-Kunden! Die **Wälzung der Kosten für AE auf Endverbraucher mit Stundenbilanzierung** aufgrund deren exakter und spezifischeren AE-Abrechnung nach dem Verursacherprinzip nicht gerechtfertigt wird damit **vehement abgelehnt**.*

Industriebetriebe der energieintensiven Papierindustrie managen das eigene Portfolio selbst oder lassen es durch einen Dienstleister bewirtschaften wobei hierbei bereits auf möglichst bedarfsgerechte Bezugseindeckung abgestellt wird. Im aktuellen Entwurf würden Kosten für die AE zweimal (Strukturierungsbeitrag und Umlage) anfallen, wenn diese dann für alle anderen Netzkunden allgemein auf die Netzkosten umgelegt würden.

*Die **Papierindustrie** als **klassischer Bandbezieher** und großteils LPZ-Kunde ohne nennenswerte Tagesschwankungen verursacht nicht die **ausufernden Ausgleichsenergiekosten** und **lehnt** daher die **Sozialisierung** der Ausgleichsenergiekosten von den Kleinverbrauchern zu den industriellen Großverbräuchen **dezidiert ab**.*

Die Industrie kann die fremdverursachten Schwankungen nicht ausgleichen, muss aber im gegenständlichen Entwurf durch die wesentlich höheren Bezugsmengen die Ausgleichsenergiekosten überproportional mitzahlen.

Weiters würde ein sehr genau nominierender Industrie-Bandbezieher hier für einen anderen Abnehmer mit stark schwankendem Abnahmeprofil ungerechtfertigter Weise für dessen Ausgleichsenergie mitzahlen müssen, da es aus Sicht des Industriegaskunden völlig willkürlich ist, mit welcher Abnehmerstruktur eine BG zusammengesetzt ist, in die er integriert wird.

Die Papierindustrie fordert analog zum Modell in Deutschland die freie Wahlmöglichkeit der Stunden- oder Tagesbilanzierung für Netzbewutzer mit einer vertraglich vereinbarten Höchstleistung von weniger als 50.000 kWh/h. Netzbewutzer über dieser Grenze sollen verpflichten eine Stundenbilanzierung durchzuführen haben.

Zu den Regelungen für das Marktgebiet Vorarlberg und Tirol dürfen wir wie folgt Stellung nehmen.

*§ 36 (2) wird von uns so verstanden, dass es am **Grenzkoppelungspunkt** ins Marktgebiet Vorarlberg zu **keiner Kapazitätsvergabe durch Versteigerung** kommt und sich ein **Engpassmanagement erübrigt**. Somit würde nach unserem Verständnis § 36 (2) für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg den § 8 ersetzen, was ausdrücklich **begrüßt werden** würde.*

Wenn durch § 37 (3) zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der Zugang nur durch die **Bildung einer eigenen Bilanzgruppe bzw. eines Bilanzkreises** im jeweils korrespondierenden Marktgebiet zu gewährleisten ist, so wird diese von der Papierindustrie **abgelehnt**. Der doppelte Aufwand der Gründung einer Bilanzgruppe bzw. eines Bilanzkreises stellt aus unserer Sicht eine unnötige Wettbewerbshürde dar. Die Vorteile des Zugangs zum Marktgebiet ließen sich somit nicht vollständig lukrieren, wodurch wir den in § 35 gestellten Anspruch, für die Teil- und Vollversorgung von Kunden sowie für die übergreifende Bilanzierung eine einfache Abwicklung zu gewährleisten sowie ganz generell auch die Liberalisierungsbestrebungen lt. GWG, gefährdet sehen. Wir erachten die **Nennung eines Bilanzkreises**, über welchen die Gasbeschaffung organisiert werden kann, als **ausreichend** und schlagen daher eine dementsprechende Adaptierung des § 37 (3) vor.

Wesentliche Punkte des § 39 sind deckungsgleich mit dem § 20. Eine gesonderte Ausführung für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg bedarf es aus Sicht der Papierindustrie lediglich bei einigen Unterpunkten.

Bei Umsetzung von § 37 (3) in der vorliegenden Fassung ergibt sich im § 40 (2) ein Widerspruch, da ja grundsätzlich jeder Bilanzgruppenverantwortliche in einer Person Bilanzkreisverantwortlicher seines korrespondierenden Bilanzkreises in Deutschland sein müsste. Da aus Sicht der Papierindustrie wie oben angeführt die Nennung der Beteiligten ausreichend erscheint, ist § 40 (2) korrespondierend zum § 37 (3) abzuändern.

Die Papierindustrie möchte nochmals zum Ausdruck bringen, dass man dem **vorgeschlagenen Marktmodell** für die **Marktgebiete Tirol und Vorarlberg** **äußerst positiv** gegenüber steht. Daher möchten wir die E-Control auch ausdrücklich bitten, sich für eine rasche Umsetzung der in der Verordnung für das Marktgebiet Vorarlberg vorgeschlagenen Vorgehensweise einzusetzen. Die Hintergründe einer gemeinsamen Lösung für Vorarlberg und Tirol scheinen uns nachvollziehbar und plausibel, sollten aber letztendlich nicht als Bedingung und KO-Kriterium gesehen werden. Die Möglichkeit, die beiden Marktgebiete getrennt und unabhängig voneinander zu behandeln, sehen wir durch den vorliegenden Verordnungsentwurf im Speziellen durch die Formulierungen im § 35 gegeben. Daher wäre bei unvorhergesehenen Verzögerungen die Einführung getrennter Lösungen für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg vorzusehen.

Ergänzende **Stellungnahme zu den Allgemeinen Bedingungen** für BGVs im Rahmen der Marktregelverordnung 2012

In § 4 Auslagen und Entgelte – Absatz 2 bleibt offen wie die Schlechterstellung einzelner Mitglieder der BG verhindert wird. Siehe dazu Anmerkungen zu § 22 der Regelungen zum Gas-Marktmodell.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Thomas Timmel

Austropapier - Vereinigung der österreichischen Papierindustrie
timmel@austropapier.at